

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 6 M., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Amt Köpenick Nr. 1076.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 3 M., Arbeitsmarkts 1 M. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm's, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postkontokonto Berlin 5386.

Inhalt: Arbeiters Sorge und Glüd (Gedicht). — Abgründe des menschlichen Elends! (I). — Demonstration der Textilarbeiter in Plauen i. V. — Und weitere Schönheiten des Steuerabzugs. — Die Gewerkschaftsbewegung, das Fundament der proletarischen Organisation, und die Betriebsräte (III). — Der Streit in der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei Delmenhorst. — Kinderzulage! (II). — Sozialisierungsmethode. — Berichtigung. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Literatur. — Befanntmachungen. — Anzeigen.

Arbeiters Sorge und Glüd.

Im ärmlichen Häuschen, in engen Gassen
Sitzt höchlichst betrübt da der Arbeitsmann.
Noch kann er die Not und das Glend nicht fassen,
Doch Schlimmeres die Zukunft ihm bringen noch kann.
Zwar fronet er fleißig Tage für Tag
Und gönnt sich nicht Ruhe und Raft,
Um dem Glend zu steuern, so gut er's vermag —
Doch schwer drückt ihn nieder die Last.
Und doch immer wieder er rafft sich empor
Zu schaffen für Weib und für Kind,
Und keine Minute für sie er verlor,
Für sie, die sein Himmel ja sind.
Im ärmlichen Häuschen, in engen Gassen —
Auch da wohnt trotz Glend noch Glüd,
Wenn in Liebe sich Menschen umfassen,
In Liebe sich finden durch Tat, Wort und Blüd.
Alfred Kirchhofer

Abgründe des menschlichen Elends!

I.

In der vogtländischen Heimindustrie herrschen heute noch dieselben traurigen Zustände wie ehemals. Die Löhne sind nicht in dem Verhältnis gestiegen wie die Löhne der übrigen Arbeiterklasse; die Not und das Glend unter der Heimarbeiterschaft hat sich deshalb bedeutend verschärft. Einen recht traurigen Einblick in die Verhältnisse der Heimarbeit bietet deshalb der Jahresbericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1919. Es wird in demselben über die Heimindustrie u. a. für die Kreisbauernschaft Zwickau berichtet:

„Die Hausarbeit in der Stiderei- und Spigenindustrie ist immer noch gering. Dagegen ist sie in der Weikwarenkonfektion viel umfangreicher geworden; hier ist auch deutlich zu erkennen, daß die Arbeitgeber die Arbeit soweit als möglich durch Heimarbeit anfertigen lassen. Der Lohn der Heimarbeiter ist etwa um 100 bis 200 Proz. erhöht worden, steht aber noch weit hinter den tariflich festgelegten Löhnen der Betriebsarbeiter zurück. Es ist erwünscht, daß der Lohnsatz auch auf die Heimarbeiter ausgelehnt wird.“ (Seite 320 Ziff. 8 des Berichts.)

Während der Kriegszeit hat das Anfertigen von Papierblumen als Heimarbeit einen großen Umfang angenommen, und zwar hauptsächlich in Zwickau und dessen nächster Umgebung. Im letzten Jahre ist die Arbeit auch in den Auerbacher Bezirk verpflanzt worden. Die Arbeit wird meist von Kindern und älteren Leuten ausgeführt. Die Löhne sind verhältnismäßig niedrig. Im neuen Arbeitsgebiet wurden sie durch eine Faktorin noch weiter gedrückt.

In der Klöpperei ist es zur Regel geworden, daß die Heimarbeiterinnen den zur Arbeit nötigen Zwirn nicht mehr, wie bisher, selbst bezahlen, sondern daß er ihnen vom Arbeitgeber zur Verarbeitung übergeben wird. Infolge der andauernden Preischwankungen des Zwirnes bedeutet das eine gerechtere Bewertung ihrer Arbeit.“

Die Bemühungen des Textilarbeiterverbandes, die Heimarbeiter mit in die bestehenden Lohnsätze für die in den Fabrikbetrieben beschäftigten Arbeiter einzubeziehen, scheiterten an dem Widerstand der Unternehmer. Die Heimarbeiter selbst haben der Ausbeutung der Unternehmer nur wenig Widerstand entgegenzusetzen versucht. Wenn der Bericht sagt, daß der Lohn der Heimarbeiter um etwa 100 bis 200 Proz. erhöht worden sei, so findet man an anderen Stellen, daß die ermittelten Zahlen aller Beschäftigten spotteten. Es sieht aber immerhin nach etwas aus, wenn man von einer Lohnsteigerung von 100 bis 200 Proz. redet. Die tatsächlich gezahlten Löhne geben nun ein Bild des Elends. Der Bericht sagt darüber an anderer Stelle (Seite 355):

„Die Lohnverhältnisse der Heimarbeiter haben bisher nur in 5 der vorliegenden Tarifverträge Berücksichtigung gefunden. In der Stidereiindustrie wird die Heimarbeit nach den für Fabrikarbeiter in Ortsklasse II gültigen Lohnsätzen entlohnt, die um 5—10 Pf. niedriger sind als in Ortsklasse I. In den Flachstrumpfwirkereien, der Tüll-, Gardinen- und Spigenindustrie und in den Betrieben für geschnittene Trifotagen dürfen die Heimarbeiter nicht schlechter gestellt werden als die Personen, die in den Betrieben mit der gleichen Arbeit beschäftigt werden.“

Die Klarstellung in der Heimarbeit, die in der ersten Hälfte des Berichtsjahres infolge erhobener Klagen in den Betrieben der Spigen- und Stidereiindustrie versucht wurde, gestaltete sich infolge der Mannigfaltigkeit der Erzeugnisse, der wechselnden Beschaffenheit der Rohstoffe und der Zurückhaltung der Unternehmer (diese wenden ja alle Mittel an, um die tatsächlich gezahlten Löhne zu verdunkeln und schrecken sogar nicht vor Fälschungen der Lohnbücher zurück. D. R.) wie auch der Heimarbeit selbst bei der Ausmütserteilung, äußerst schwierig. Auch ist die Lohnberechnung, bei der die jetzt stark schwankenden Garnpreise berücksichtigt werden, oft wenig durchsichtig und geeignet, Mißtrauen (dies ist nur allzu berechtigt! D. R.) der Heimarbeiterinnen zu erwecken. Als niedrigste Stundenverdienste wurden bei diesen Erörterungen um die Jahresmitte festgesetzt:

- 8—10 Pf. für das Fadenziehen an gewebten Spigen,
- 15 Pf. für das Fädeln,
- 16 Pf. für das Steppen von Kragen,
- 19 Pf. für das Steppen von Schürzen,
- 20 Pf. für das Wiebeln von Tüll.

Als durchschnittliche Stundenlöhne wurden ermittelt:

- 12—30 Pf. für das Fädeln und Fadenschneiden,
- 25—33 Pf. in der Spigenkonfektion,
- 25—35 Pf. für das Monogrammschneiden und Franzenknüpfen,
- 35 Pf. für das Steppen von Schürzen,
- 25—40 Pf. für das Tüllwiebeln,
- 50—65 Pf. in der Blumen- und Kleiderkonfektion,
- 75—90 Pf. bei Singerstiderei,
- 100—125 Pf. bei Adlerstiderei.

Die Abzüge für gelieferte Garne sind bei diesen Löhnen berücksichtigt; dagegen haben die Arbeiterinnen die Kosten für die Instandsetzung der Nähmaschinen und für die Beschaffung von Nadeln und des Dels von ihrem Lohn noch zu bestreiten. Bei Verteilung der Heimarbeitslöhne darf übrigens nicht außer acht gelassen werden, daß auch die Fertigkeit der Arbeiterinnen von großem Einfluß auf den erzielten Lohn ist, und daß es sich sehr oft um Arbeiterinnen handelt, die sich durch die Heimarbeit nur einen Nebenverdienst beschaffen.“ — (Dies ist keine Entschuldigung für die vogtländischen Ausbeuter. D. Red.)

Im übrigen hat die Steigerung der Unterstützungssätze für Erwerbslose lohn erhöhend für die Heimarbeiter gewirkt. Die Gewerbeaufsichtsbeamtin hat im Laufe des Jahres folgende Stundenlöhne in der Hausarbeit festgesetzt:

Zwickau.	
Papierblumen	10—20 Pf.
Stepperei	50—80 "
Bürsteneinziehen	20—50 "
Filzstopfen	30—50 "
Perlstranjenarbeit	15—40 "
Puppenarbeit	30—50 "
Rohkragennäherei	30—65 "
Klöppelei	10—30 "

Plauen.	
Ausschneiden (Fädeln)	10—30 "
Tüllwiebeln	25—40 "
Adlerstiderei	100—125 "
Singerstiderei	75—90 "
Monogrammschneiden	25—35 "
Franzenknüpfen	25—35 "

Auerbach.	
Haararbeiten	40—60 "
Haartüllklöppeln	15—25 "
Bürsteneinziehen	25—50 "
Stepperei	50—100 "
Papierblumen	8—15 "
Nähten in der Musikinstrumentenindustrie	40—65 "
Auffstecken in der Musikinstrumentenindustrie	15—20 "

Nach Prozenten berechnet beträgt die Steigerung der in der Heimarbeit gezahlten Löhne bei nachfolgend genannten Arbeiten gegenüber den früher gezahlten Löhnen durchschnittlich:

Rohkragennähen	250 Proz.
Haartüllklöppeln	70 "
Bürsteneinziehen	60 "
Papierblumenanfertigen	80 "
Klöppelei von Meterspize	200 "
Klöppelei von Fassonsachen	250 "
Anfertigen von Perlstranjen	140 "
Anfertigen von Mundharmonikas	250 "

Zu diesen Hungerlöhnen selbst auch nur ein Wort zu verlieren, würde die Wirkung dieser Tabellen nur abschwächen.

Demonstration der Textilarbeiter in Plauen i. V.

Man schreibt uns von dort:

Raum eine andere Gegend des Reiches wird von einer so anhaltenden Krisis heimgegriffen sein, als das Vogtland mit seiner Stidereiindustrie. Der gewaltigen Hochkonjunktur der Jahre 1909/10 und 1911 folgte eine Tiefkonjunktur, die in dem plötzlichen Abflauen des Geschäftsganges ungeheuerlich in ihrer Wirkung war. Die Stidereiindustrie schien sich von der reinen Luxusindustrie zu einer Industrie des allgemeinen Bedarfs zu entwickeln. Wenn diese Entwicklung nicht zur vollen Auswirkung gelangte, liegt es lediglich an den maßgebenden Kreisen, die in ihrer Profitgier keinen Blick für die richtige Organisation der Arbeit hatten. Das rasende Drauflosarbeiten, der winkende hohe Gewinn, mit wenig Betriebskapital scheinbar möglich, erzeugte eine große Anzahl Schädlinge der Industrie, die in dem Kammschneisen ihre höchste Blüte fanden. Eine Industrie, die so ziel- und planlos wirtschaftete und den Blick für die Zukunft sich durch schnelle Gewinnjagd trübte, konnte bei einer eintretenden Krisis von vornherein die Widerstandsfähigkeit nicht aufbringen, die notwendig war, Verheerungen abzuwenden, wie sie im Vogtlande bis in weite Gebiete des Erzgebirges sich geltend machten.

Die Industrie hatte den Höhepunkt des Niederganges früher erreicht, als der Weltkrieg 1914 ausbrach. Was die Krise nicht zu vernichten in der Lage war, geschah durch den Weltkrieg.

Der Weltkrieg, der zu seiner Durchführung alle Rohstoffe benötigte und bei seiner langen Dauer diese vollständig aufbrauchte, bewirkte die vollständige Stilllegung der Stidereiindustrie. Eben weil die Industrie sich noch nicht zur Bedarfsindustrie entwickelt hatte und sie als Luxusindustrie von den Reichsstellen behandelt wurde, erhielt sie als solche nur ein Fünftel des Bedarfs der Friedensproduktion von Rohstoffen zugewiesen.

Die den Vorteil genossen, als Durchhalter im Vaterlande vom Kriege zurückzubleiben zu dürfen und finanziell während der Hochkonjunktur ihren Betrieb auf so gesunde Grundlagen gestellt hatten, daß sie schon die Krise vor dem Kriege, ohne an den Rand des Abgrundes, des Bankrotts zu gelangen, aushielten, fanden sich auch mit den wirtschaftlichen Methoden des Krieges ab und gingen nicht in diesem Strudel unter. Die Organisation der Unternehmer stellte ihre Tätigkeit rein auf den Kriegszustand ein, und es war ja auch möglich, mit dem Auslande, wenn auch nicht im großen, so doch zur Erhaltung der Verbindlichkeit, Fühlung zu behalten.

Die Arbeitererschaft, außergewöhnlich hart betroffen durch die lange Krise vor dem Kriege, trat, in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen fast vollständig zermürbt, in die Epoche des Weltkrieges ein. Außer einer geringen Arbeiterkategorie fristeten Tausende von Arbeitern ein kärgliches und erbärmliches Dasein.

Die Spigenindustrie mit ihrer Herstellung reinlicher sauberer Artikel sog einen Teil der weiblichen Arbeitskräfte auf, die als Mitglieder bürgerlicher Familien den für ihre Arbeit erhaltenen Lohn nicht zum Unterhalt, sondern lediglich nur als Taschengeld verwendeten und die Arbeit selbst zwecks Erlernung gewisser weiblicher Handfertigkeit verrichteten.

Neben dieser Kategorie von Arbeiterinnen aber hatte sich zugunsten der Unternehmer ein gewaltiges Heer von Heimarbeiterinnen herangebildet. Die Arbeiterinnen stellen jenen Teil der Arbeitererschaft dar, der sich am willigsten ausbeuten läßt, und mit ihrer Gesundheit konnte man geradezu rigoros umspringen; so übertrifft die Heimarbeiterin als williges und billiges Ausbeutungsobjekt alles nur menschlich Begreifliche.

Stundenlöhne, die vor dem Kriege in den Betrieben kaum den Maximalatz von 15 Pf. überstiegen, sanken in der Heimindustrie bis auf ein Minimum von oftmals 4—5 Pf. Frauen- und Kinderhändchen leisteten oft wunderbare Arbeiten, und manche Damen, die dann die fertigen Artikel präherlich in der Öffentlichkeit trugen, ahnten nicht, welches ungeheure Maß von Arbeiterelend darin verpörrert war. Die Organisation des Deutschen Textilarbeiterverbandes schenkte all dieser Entwicklung und den gesamten Vorgängen innerhalb der Industrie die größte Aufmerksamkeit, doch mit Engelszungen rebende ehrliche Agitatoren waren nicht in der Lage, den betr. Arbeiterinnen durch intensivste Aufklärung klar zu machen, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht ewig bleiben dürfe, daß nicht Veten allein sie zur Höhe führt, sondern gemeinschaftliches Zusammenwirken in der alles umfassenden Familie, der Organisation des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Die schwachen Anfänge, die der Deutsche Textilarbeiterverband während des Krieges in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Vermittler der Armen errang, waren zwar minimal, berücksichtigt man jedoch, daß die Behörde gemeinsam mit den Unternehmern jedem Aufwärtstreben der Arbeitererschaft den schärfsten Widerstand entgegensetzte, bildet der schwache Erfolg ein Ruhmesblatt in

der Geschichte des Deutschen Textilarbeiterverbandes, der Filiale Blauen i. W.

Die Quittung einer zusammengefaßten Rechnung kapitalistischer Gesellschaftsordnung war der Krieg. Als er auf dem Gipfel militärischer Verbrenen angelangt war, erhob sich im Jahre 1918 das Volk zur Aburteilung seiner Genen, und ein Erdbeben, wie noch nie die Weltgeschichte eines kannte, vollzog sich: die Proletarierrevolution sprach das Urteil.

Obwohl die Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes die Führer der Revolution in Blauen waren und in dieser Tätigkeit fast vollständig aufgingen, verloren sie keineswegs im Strudel der politischen Ereignisse den Blick für die Zukunft, und brachten noch Zeit auf, neben der Erringung der politischen Macht durch Zusammenfassung der Arbeiterkraft in den gewerkschaftlichen Organisationen die wirtschaftliche Gleichstellung vorzubereiten. Die Zeit richtig erfassend, wurden die letzten Arbeiterinnen — die ausgebeuteten unter den ausgebeuteten — zu Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes gemacht. Die Ausführung des großzügig angelegten Planes, die Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes Blauen zu einem stolzen Bau für die Arbeiterkraft zu machen, ist vollständig gelungen. Keine Zeit ließ der Deutsche Textilarbeiterverband müßlos verstreichen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterkraft im Tarifvertrag von Organisation zu Organisation festzulegen.

Die Beschäftigung in der Spitzen- und Konfektionsindustrie nahm auch nach dem Kriege keinen erheblichen Aufschwung. Unter solch schwierigen, fast kaum überwindlichen Verhältnissen hat die Organisation des Deutschen Textilarbeiterverbandes für die Arbeiterkraft segensreich gewirkt. Haben auch die Löhne nicht den Stand erreicht, den wir hofften und der zum Leben unbedingt erforderlich ist, so darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Heimindustrie den hemmenden Faktor in dieser Bewegung darstellte. Auf Kosten der Erwerbslosenunterstützung haben die Unternehmer in der Heimindustrie Waren für Hungerlöhne hergestellt bekommen. Wir liehen uns die Bezahlung der Heimindustrie ganz besonders angelegen sein und haben bis in die höchsten Stellen des Reiches die Kenntnis von der Tatsache getragen, daß die Blauen Unternehmer aus den Reichsmitteln indirekt Nutzen zogen.

Ein neuer Artikel „Filletarbeit“ hielt in der Industrie Einzug. Und wiederum erhielten die Unternehmer Hilfe dadurch, daß Arbeitskräfte herangebildet wurden, die diese Produkte fertigten. Unsere Arbeiterinnen haben erfreulicherweise erkannt, daß alle Ausbeutung eine Grenze haben muß und verlangten für diese Arbeit den tariflichen Lohn. Das war für die Herren Arbeitgeber Anlaß, die Arbeit nach auswärts zu geben. Die Arbeiterinnen, die auf Kosten der Erwerbslosenunterstützung angeleitet worden sind, finden wir heute in der großen Armee der Arbeitslosen. Die Unternehmer haben als geeignetes Gebiet der Ausbeutung die weiten Gefilde Oberfrankens herausgesucht. Während Blauen unter der Last, die die gewaltige Arbeitslosenzahl ihm auferlegt, schier zusammenbricht, arbeiten schließlich ganze Familien und auch Kinder, uneingeschränkt in der Stundenzahl, für die Industriellen des Vogtlandes. Dasselbe, was für die Filletarbeit gilt, gilt auch für die Heimindustrie der Tüllweberei.

In breiter Öffentlichkeit, im Stadtverordnetenparlament und in der Presse, haben wir das Gebaren der Unternehmer charakterisiert, doch keine Unterstützung von irgendeiner Behörde gefunden. Bemühungen, die Lohnbedingungen der Heimarbeiterinnen tariflich festzulegen durch einen Tarifvertrag, welcher Rechtsverbindlichkeit haben und jener Schmutzkonkurrenz der Arbeiterkraft in Oberfranken ein Ende bereiten sollte, scheiterten. Auch der Demobilisierungsausschuß und die Behörde Blauens ließen es an jeder energischen Unterstützung fehlen. Wir erklärten, daß in Blauen keine Arbeiterin erwerbslos zu sein brauchte, würde die Ware im Wirtschaftsgebiete Blauens hergestellt, die aus dem zur Verfügung stehenden Rohstoff produziert wird.

Das Treiben der Unternehmer steht im vollständigen Widerspruch zu dem, was sie den Reichsstellen dauernd entgegenzusetzen bei Zustellung von Rohstoffen und Garnen. Da erklärten die Unternehmer, daß an 1000 Kilogramm Garn für die Städtereiindustrie viele Hundert Hände Beschäftigung fänden, viel mehr, als wenn die Garne einer anderen Industrie zugewiesen würden. Die Reichsstellen mußten demnach annehmen, daß die Blauen überwiegenen Rohstoffe auch der Arbeiterkraft in diesem Wirtschaftsgebiete Beschäftigungsmöglichkeiten schufen. Wir sehen aber, daß der Gewinn den einzelnen Unternehmern höher steht, als das Gesamtwohl des Volkes.

Der Geschäftsführer des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Kollege Gahn, in seiner Eigenschaft als unbesoldeter Stadtrat, interpellierte den Rat der Stadt Blauen in einer Ratssitzung und forderte das Eingreifen der Behörde. Ihm wurde der Bescheid, daß diese Angelegenheit der Gewerbestammer zu überweisen sei. Nunmehr richtete Gahn die tagtäglich einlaufenden Beschwerden, unter Namensnennung der Firmen und der in Frage kommenden Faktoren, an die Gewerbestammer und forderte strenge Untersuchung. Die Untersuchungen von dieser Stelle bestätigten das vom Deutschen Textilarbeiterverband in aller Öffentlichkeit gebrandmarkt System der Vergebung der Arbeit nach auswärts in vollem Umfange. Wieweit die Niedrigkeit der Stimmung sinken kann, beweist der Umstand, daß sich die Unternehmer in ihrem Hochmut erdreisteten, den Arbeiterinnen direkt ins Gesicht zu sagen: „Wenn Sie die Arbeit nicht für einen billigeren Lohn machen wollen, geben wir sie nach Oberfranken, und dort bekommen wir noch extra Lebensmittel dafür.“ Eine weitere Kritik hier anzuschließen verlagen wir uns, weil wir glauben, sie könnte die Wirkung nur abschwächen.

Da griff der Deutsche Textilarbeiterverband, unter Führung des Geschäftsführers Gahn, zu dem schärfsten Mittel: die Arbeiterkraft aufzurufen zu einer großen Demonstration. Schon der Aufruf zur Demonstration genügte, um wenigstens von der Behörde die Erlaubnis zu erhalten, dem Schreiben, welches der Deutsche Textilarbeiterverband am 8. Juni an das Gewerbeamt gerichtet hatte, Folge zu leisten. Dieses Schreiben lautete wie folgt:

Die Entlassungen von Arbeiterinnen haben in letzter Zeit außerordentlich überhand genommen, trotzdem von denselben Firmen, die die Entlassungen aussprechen, Arbeit nach auswärts vergeben wird, und eruchen wir das Gewerbeamt, Gelegenheit zu nehmen, auf schnellstem Wege mit den Instanzen des Reiches dieses Treiben zu unterbinden. Eine Sitzung, zu der die Unternehmer Blauens zu laden wären und an der Vertreter der städtischen Behörden, des Demobilisierungsausschusses, des Arbeitsministeriums

und des Deutschen Textilarbeiterverbandes teilzunehmen hätten, erwachten wir als wirksam.“

Unterzeichnet.

Man hat besonders bei den Arbeiterinnen versucht, uns als Unabhängige zu diskreditieren und wollte damit unsern Ausdruck bringen, daß wir die Interessen der Arbeiterkraft nicht wahren. Das Wirken des Deutschen Textilarbeiterverbandes und dessen Führer kraßt alle diese Schächer Lügen. Auch die rechtssozialistische Presse hat sich nach dieser Richtung hin in dem Herunterreißen der Führer sehr oft gefallen. Zu all den Bekämpfern fanden sich in treuer Waffenbrüderchaft die Agitatoren des Christlichen Textilarbeiterverbandes und die der S. D.

Nun wissen wir, daß bei all dem Angeführten die Betriebsräte Großes und Segensreiches leisten könnten. Hierbei kommt jedoch in Betracht, daß die gesamte Industrie in unzählige Betriebe zerplittert ist und durch das Auf- und Abwogen des Beschäftigungsgrades die Unternehmer selten stabile Arbeitsverhältnisse aufkommen ließen und den Betriebsräten oder der Schaffung solcher den größten Widerstand entgegensetzten. Die Arbeiterkraft selbst, durch die langanhaltende Krisis verelendet und durch den Abbau der Erwerbslosenunterstützung der Verzweiflung in die Arme getrieben, bleibt in diesem gigantischen Ringen gegenwärtig der schwächere Teil. So sehen wir, daß die Aufgaben gewaltige sind, die dem Deutschen Textilarbeiterverband erwachsen und die wir zu erfüllen nur in der Lage sind, wenn die Arbeiterkraft als geschlossene Masse dem Deutschen Textilarbeiterverband die Treue wahr. Bei Einsetzen einer günstigeren Geschäftslage müssen wir gerüstet und schlagfertig dastehen. Die Durchsetzung der Betriebsräte wird in dem Vordergrund des Kampfes stehen. Kein Phariseerchristentum, wie es die kapitalistischen Vertreter in den geneigten Verbänden predigen, wollen wir. Als höchste Gottheit kennen wir die Nächstenliebe und wollen innerhalb unserer Organisation eine große Familie sein, die sich das hohe Ziel gesetzt hat, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. —

Die Demonstration der Textilarbeiter Blauens, gut organisiert und von gutem Geiste der Arbeiterkraft befeuert, war ein glänzender Auftakt und bildet ein weiteres Nummernblatt in der Geschichte der Filiale Blauens. Sie verlief ohne jede Störung, und die Demonstranten nahmen einstimmig nachstehende Resolution an:

„Die heute, den 17. Juni, in Blauen demonstrierenden Textilarbeiter und -arbeiterinnen erheben flammenden Protest gegen das Gebaren der Unternehmer der Textilindustrie, die Entlassungen vorzunehmen, wesentlich verfürzt arbeiten zu lassen, Entstellungen von Arbeiterinnen abzulehnen, während sie Arbeit in erheblichem Umfange nach Oberfranken und andere Gebiete des Reiches vergeben.“

So vergrößern die kapitalistischen Ausbeuter das Heer der Arbeitslosen, liefern die Stadt dem finanziellen Bankrott aus und finden noch Gehör bei denen, die die Arbeitsunlust der Arbeiterkraft in allen bürgerlichen Kreisen, bei Behörden und Reichsstellen in ihrem Verlangen nach Abbau der Erwerbslosenunterstützung prebigen.

Während auf diese Weise die Arbeiterkraft zur Verzweiflung getrieben wird, gehen die Kapitalisten der Textilindustrie zum offenen Kampf über, den Wirtschaftsfrieden teilweise schiebend, indem sie den Lohnabbau in aller Kürze vorzunehmen beschließen haben.

Die heute verammelten Textilarbeiter und -arbeiterinnen erheben die Forderung, daß die zuständigen Stellen wirksam durchgreifende Maßnahmen treffen, um die Vergabung von Arbeit in genannte Gebiete vollständig zu unterbinden und die Erwerbslosenunterstützung auf die Höhe zu bringen, die der gesamten Arbeiterkraft ermöglicht, ihr Leben als Menschen führen zu können.

Sie erklären in dem Deutschen Textilarbeiterverband den geeigneten Vertreter ihrer Interessen, verpflichten sich, für diese Organisation zu wirken und zu wirken und beauftragen die Leitung genannter Organisation, im Sinne dieser Resolution bei allen Körperschaften, den Ernst der Situation in den Vordergrund rückend, zu wirken.“

Geben wir uns auch nicht übertriebenen Hoffnungen über die Wirkung hin, so muß sich dennoch zeigen, welchen Standpunkt nunmehr die Behörde einnimmt. —

Nach kurzer Ansprache auf dem Altmarkte stimmten die Demonstranten begeistert in ein Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband ein, und unter dem Gesänge des Liedes: „Wer schafft das Gold zu Tage“ löste sich die unzählige Menge auf.

Und weitere Schönheiten des Steuerabzugs.

Der Steuerabzug zeitigt, nachdem seine Erhebung in Kraft getreten ist, immer neue Schönheiten.

Eine solche soll hier registriert werden, die aufs neue die Unhaltbarkeit des Steuerabzugs dartut.

Bekanntlich werden von dem Abzug alle Lohnzahlungen betroffen, ganz unbekümmert darum, wie hoch die später zu zahlende Steuer ist oder ob der vom Abzug Betroffene überhaupt Steuern zu zahlen hat.

In der Textilindustrie sind noch sehr viel Personen als Heimarbeiter beschäftigt, so beispielsweise in Sachsen, Schleisen, Oberfranken usw., deren Glend erst ganz kürzlich durch besondere Untersuchungen vom Textilarbeiterverband festgestellt wurde. Von diesen Heimarbeitern, besonders den Frauen und Mädchen, Alters- und Invalidentrentnern, die als solche beschäftigt sind, wird in sehr zahlreichen Fällen das steuerfreie Existenzminimum nicht überschritten, ja bei weitem nicht erreicht. Es muß bei ihnen also in der Regel Steuerfreiheit eintreten.

Aber auch diesen Vermögenden werden von ihrem kärglichen Verdienst 10 Proz. in Abzug gebracht und in Form von Steuermarken in die Steuerfarte eingeklebt.

Im Meerane-Glauchauer Industriebezirk mußten wir diese Feststellungen machen. In diesem Bezirk, so im Müllengrund, gibt es Frauen, die zu Hause für die Webereien spulen. Sie sind nicht immer mehr voll leistungsfähig. Der Verdienst schwankt zwischen 10—20 Mk. wöchentlich, wozu noch zeitweise Arbeitslosigkeit kommt. Oft hat die Mutter ein Lohnbuch und die Kinder müssen mit spulen auf das Konto der Mutter.

Von dem kärglichen Verdienst werden seit 25. Juni prompt 10 Proz. in Abzug gebracht. Wir stellten, aufmerksam gemacht, in einem einzigen Dorf eine ganze Reihe solcher Fälle fest. Eine 60 Jahre alte Witwe, der ihre Schwesster mit hilft, verdient in einer Woche oder auch manchmal in zwei Wochen 20 Mk. — Abzug 10 Proz.

Eine alte Frau, die eine Rente bezieht, von der sie in früherer Zeit kärglich zu leben vermochte, die aber heute ein

Trinkgeld darstellt, spult für die Fabrik, um ihr Leben fristen zu können. Ihr Verdienst mit samt der Rente erreicht bei weitem nicht eine steuerpflichtige Höhe. Unbarmherzig erfolgt der Steuerabzug.

Und so in vielen Fällen.

Diese Leute können sich nicht wehren. Als wir sie auf-forderten, sich gegen den Abzug zu wehren, winkten sie ent-sezt ab mit dem Bemerkens: Um Gotteswillen, dann bekommen wir gar keine Arbeit mehr!

Und als wir erklärten, wir wollten versuchen, diesen un-haltbaren Zustand zu beseitigen, baten sie uns inständig, nur ja alles zu unterlassen, was sie in dieser Hinsicht kompromittieren könnte. Sie fürchteten, besonders in dieser Zeit der Krise, die ja in der Textilindustrie besonders wütet, völlig brotlos zu werden.

Hier ist es Pflicht der zuständigen Behörden, diesem Zu-stand sofort ein Ende zu bereiten!

Der Abzug ist nicht nur ungerecht, er ist ungesetzlich. Der Lohnabzug trifft selbstverständlich nur Steuerzahler.

Ist die Pflicht zum Steuerzahlen noch nicht festgestellt, so kann ein Abzug keineswegs erfolgen. Und im Zweifelsfall zugunsten des Arbeiters. Das trifft auch hier zu. Steht die Steuerpflichtung nicht fest, so hat man eben abzu-warten, bis sie festgestellt ist. Vorher aber aufs Geratewohl jedem den Abzug zu machen, den zu Unrecht Betroffenen aber auf eine recht unsichere, eventuelle spätere Zurückzahlung zu vertrauen, ist eine Maßnahme, für die es einen parlamen-tarischen Ausdruck kaum gibt.

Solange nicht das ganze Monstrum des Steuerabzuges im Orkus verschwindet, muß ungehämt Sorge getragen wer-den, daß diesen Vermögenden der Armen, die nicht die Kraft haben, sich selbst zu helfen und sich zu wehren, nicht noch ein beträcht-licher Teil ihres kargen Einkommens vom Fiskus beschlag-nahmt wird.

Unsere Genossen in den Gemeindevertretungen, aber auch in den Parlamenten, wie auch die Gewerkschaftsorganisatio-nen seien auf diese Zustände aufmerksam gemacht, wenn es sich auch zum Teil um nicht organisationsfähige Leute handelt. H. B.

Die Gewerkschaftsbewegung, das Fundament der proletarischen Organisation, und die Betriebsräte.

Von W. Gager.

III.

Bis zu dem Tag, an welchem die Arbeit zum Recht er-hoben wird, bis zum Geburtstag des Sozialismus, wird das Ringen währen um die Existenzmöglichkeit der Proletarier. Und bis zu diesem Zeitpunkt ist die Gewerkschaft Lebensbedin-gung für die Arbeiterkraft.

Es ist ein müßiges Beginnen, darüber zu spintisieren, ob nachher die Gewerkschaften noch gebraucht oder ob sie dann überflüssig werden. Aber eines ist sicher: die in ihnen investierte — heute nur von den wenigsten Zeitgenossen er-kannte und geschätzte — Summe von Erfahrung und Wissen würde auch dann, ganz gleich, welche Form die Gesellschaft sich unter dem Sozialismus gibt, Verwendung finden.

Das Fundament der Gewerkschaften ruht also auf den wirtschaftlichen und sozialen Unterschieden — auf der arbei-tenden Klasse — innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Gewerkschaften haben danach die unmittelbaren Aufgaben, zur Verhütung der Verelendung des Proletariats die Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingun-gen zu führen.

Die ständige Bewegung des Verhältnisses zwischen dem Existenzminimum der verschiedenen Gesellschaftsklassen unter-einander zwingt die Gewerkschaften zur Führerschaft auf dem Marsch zum Sozialismus.

Unabhängig vom Wollen und Sollen überschreiten Massen und Führer das vorläufige Marschziel. Sinter ihnen steht die Not, hinter ihnen droht die Gefahr, daß das eben Errungene verloren geht durch Stillstand, zeitlichen Miß-erfolg und Ueberholung.

Der Sozialismus ist nicht irgendeine Idee, ausgeflügelt im Hirn eines Genies, sondern eine Kulturpoche, welche dem Kapitalismus folgen muß. Es ist dabei an sich belanglos, ob wir ihn erstreben und herbeiführen, noch weniger kann sein Kommen durch Widerstände verhindert werden. Er wird da sein, wenn Zeit und Verhältnisse dazu reif sind. Wir können ihm nur den Weg bereiten und die Gesamtheit der Gesellschaft je nach ihrem Verhalten vor mehr oder minder großen Erschütterungen bewahren.

Und kein berufener Wegbereiter sind die Gewerkschaften. Was ändert das an den Dingen, wenn wir die ehemals im Zwang der Verhältnisse getroffenen Dispositionen in der Arbeiterbewegung auf Teilung des Tätigkeitsgebietes auf-tischen. Es ist nichts wahrer, als daß wirtschaftliche und poli-tische Dinge nicht zu trennen sind. Die Güterarmut der krieg-führenden Länder, besonders Deutschlands, mit ihren tief-greifenden, schweren sozialen Erschütterungen als unvermeid-liche Begleiterscheinung, drängt unausweichbar auf neue Wege. Der individuelle Charakter der kapitalistischen Pro-duktion mit seinen Vereicherungsstendenz ist unvereinbar mit der allgemeinen Notlage.

Die Gesellschaft muß, um herauszukommen aus Not und Glend ihre alten Formen und mit ihren Gepflogenheiten brechen. Die Mittel, die Staaten und Reich zur Samierung ihrer bankrotten Wirtschaft benötigen, sind weit größer als die ausschweifendste Phantasie anzudenken imstande ist. Sie sind vor allem größer als eine kapitalistisch orientierte Steuer-politik verträgt. Die Staatsgewalt muß demgemäß umge-baut werden zu einem Verwaltungsapparat der großen Wirt-schaftsbezirke, deraestalt, daß die Einkünfte der Produktion statt in die Taschen von Einzelpersonen in die Kassen der Staaten und des Reiches fließen. Das bedingt Uebernahme im allergrößten Maßstabe der Produktion in Gemeinregie — also Sozialisierung.

Vergegenwärtigen wir uns nur einmal mit einigen Worten wie die Dinge lagen zu Beginn der heutigen Ar-beiterbewegung. Die politische Betätigung stand unter ver-schärftem Ausnahmerecht und Vormundschaft des Massen-staates, es war unmöglich für die arbeitende Bevölkerung, ohne Kenntnis staatlicher Organe die Staatsgeschäfte zu be-raten und in sie einzugreifen. Zwar war auch die gewerk-schaftliche Betätigung eingeeengt, doch hatte sie zur Not

immerhin noch jociel legale Bewegungsfreiheit, als sie zur Führung von Lohnkämpfen in beschränktem Umfange brauchte. Aus dieser Misere ist die Zweiteilung der Arbeiterbewegung entstanden. Diese Zweiteilung ist also weiter nichts als eine Anpassung an ungünstige Verhältnisse gewesen und könnte heute sehr zum Nutzen der Arbeiterschaft fortfallen.

Und daraus entsteht dann die Frage, welche von beiden Formationen darf heute das überwiegende Recht auf Existenz beanspruchen? Diese Frage kann nur mit einer Untersuchung des Fundaments und des proletarischen Charakters dieser beiden Formationen beantwortet werden.

Zuerst die Gewerkschaften: Sie beruhen auf den durch die Klassenstaatliche Not ihnen zugetriebenen und bei ihnen vor allem Schutz und Hilfe suchenden Volksmassen. Sie rekrutieren sich rein nur aus Proletariern.

Die politische Partei: Ihr Mitgliederbestand bestand bisher aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, der Rest aus mit irgendwelchen staatlichen Einrichtungen Unzufriedenen und solchen Intellektuellen, die ihrer Abkunft und ihren familiär-wirtschaftlichen Verhältnissen nach im bürgerlichen Lager wurzeln und aus den verschiedensten Motiven sich ihr anschließen.

Obgleich wir gerne unterstellen, daß die Motive gar nicht selten ideeller Natur waren, darf doch nicht außer Acht gelassen werden, daß aber nicht bei allen die Ideale unzweifelhaft es einzig und allein waren, die diese Kreise zum Anschluß bewegten. Es darf ferner nicht außer Betracht gelassen werden die immerhin nicht unerhebliche Zahl der Geschäftsgenossenschaftsfreunde.

Während also die Gewerkschaftsbewegung ihrer Natur nach sich ausschließlich aus proletarischen Kreisen rekrutiert, vereint die politische Bewegung eine recht bunte Gesellschaft.

Man könnte nun an dieser Stelle meiner Ausführungen einwenden: das ist aber doch durchaus vorteilhaft für die Arbeiterbewegung, wenn ein Teil von ihr auf diese Weise bürgerlichen Elementen Gelegenheit gibt, die Idee des Sozialismus aufzunehmen. Ja und nein. Das Urteil ist mehr theoretisch, denn es ist mehr als fraglich, ob bürgerliche Kreise wirklich für sozialistische Gedanken und — was noch wichtiger ist — für aktiv sozialistische Betätigung zu gewinnen sind. Bis heute ist davon jedenfalls noch nicht viel bemerkt worden.

Der Kernpunkt ist jedenfalls der: solange diese Kreise eine bürgerlich annehmbare Stellung und die mit derselben verbundenen wirtschaftlichen Vorteile einnehmen oder dazu eine leise Hoffnung besteht, ist ihre Haltung recht zweifelhaft. Oder bedarf es einer besonderen Beweisführung? Ich glaube nicht undahre deshalb fort. Bei aller Anerkennung der etwa vorhandenen idealen Beweggründe müßten wir doch andererseits die nicht seltene Beobachtung von spekulativen Absichten machen. Und bei dem Drang, die verborgenen Spekulationen zu realisieren, spielen sich dann Dinge ab, die einen hemmenden oder vom geraden Weg des proletarischen Massenkampfes abweichenden Einfluß ausüben und nur deshalb nicht allgemein zur Kenntnis genommen werden könnten, weil tausenderlei Rücksichten auf Situationen und Taktik Schweigen gebieten.

Die Spaltung in der politischen Bewegung ist letzten Endes auf diesen Umstand zurückzuführen. An dem Maß reformierter bürgerlicher Soziologie, welches die rechtsstehenden Glieder der S. P. D. konfessionierten, ging und mußte die Einheit der politischen Partei in die Brüche gehen.

Dieser unheilvolle Einfluß bildet sich in der S. P. D. hemmungslos aus und die U. S. P. D. hat ganz recht, wenn sie sagt: Ihr seid nichts weiter als eine bürgerliche Reformpartei.

Nur vergessen wir eines nicht: dieselben Tendenzen entwickeln sich ebenfalls in den linksstehenden politischen Parteien, auch gegen Programm und Struktur. Eines Tages nehmen diese, gewiß mit einiger Schattierung, aber sonst das gleiche Gesicht an. Auf den Höhen der Partei nennt man das: Staatsnotwendigkeiten bzw. Allgemeininteressen berücksichtigen usw.

Darin haben also die Kommunisten recht, wenn sie der U. S. P. D. diese Entwicklung prophezeien. Wenn sie sich nur bequemem möchten, sich selbst als Partei darauf zu unterziehen!

Der Streik in der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei Delmenhorst.

26 Tage hat die Arbeiterschaft der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei im Kampf gestanden, um sich eine kleine Errungenschaft zu erkämpfen. Die Arbeit ist am 28. Juni wieder aufgenommen worden. Es ist von allgemeinem Interesse, die Zusammenhänge kennen zu lernen, welche zum Streik trieben.

Die Arbeiterschaft der N. W. u. K. hat laut Tarifvertrag einen Lohn von 1,75 Mk. pro Stunde für die unteren Lohnstufen, bis zu 4,50 Mk. der höchsten Lohnstufen. Die höchste Grenze erreichen aber nur etwa 130 Personen, der Rest muß mit Löhnen von 4,15 Mk., 3,85 Mk. bis zu 1,75 Mk. herunter vorlieb nehmen. Infolge der zunehmenden Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel hatten die Arbeiter den Tarif ordnungsgemäß gekündigt — zum 31. Mai.

Bei den Lohnverhandlungen am 28. Mai hat man sich auf den Beschluß des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes berufen, wonach höhere Löhne nicht mehr gezahlt werden sollen. Der örtliche Arbeitgeberverband hat durch seinen Syndikus Dr. Balland, Oldenburg, erklären lassen: „Die N. W. u. K. ist zwar analog des guten Abschlusses in der Lage, höhere Löhne zu zahlen, sie darf es aber nicht, nachdem der Beschluß der Arbeitgeber vorliegt.“ Bemerkenswert ist, daß die N. W. u. K. im verflochtenen Geschäftsjahr „nur einen Ueberschuß von 15 400 000 Mk. gemacht hat“, ganz zu schweigen von den erheblichen Abschreibungen und den besonderen Zuwendungen, welche den Herren Aktionären zuteil wurden. Ueber diese Behandlungsweise war die Belegschaft derart erregt, daß, ohne die gesetzliche Kündigung einzuhalten, die Arbeit niedergelegt wurde. Die Herren Arbeitgeber gingen von der Voraussetzung aus, daß es gelingen würde, die Arbeiterschaft niederzuringen; dieser stille Wunsch ging aber nicht in Erfüllung.

Die Arbeitnehmerseite versuchte die Streitigkeit zu sühnen und rief die Schlichtungsstelle der Arbeitsgemeinschaft

der Textilindustrie für den Unterbezirk „Unterweser“ an. Doch hier hatte die Arbeiterschaft den Teufel bei seiner Großmutter verlagert; anstatt zu vermitteln, stellten sich die Arbeitgeber auf den Standpunkt: Es kann unter keinen Umständen etwas gewährt werden.

Nunmehr wurde eine Kommission vom Sozialausschuß bestimmt, welche eine Einigung erzielen sollte. Es stand schon von vornherein fest, daß diese Kommission nur etwas Theaterdonner machen würde, sonst aber getreu dem Grundsatz handeln würde: Friß, Vogel, oder stirb! Die Mitglieder der Kommission — es waren drei Herren aus dem Münsterlande — schlossen sich den Anschauungen ihrer Kollegen an und verneinten jedes Zugeständnis.

Die N. W. u. K. hatte ein großes Interesse daran, den amtlichen Schlichtungsausschuß sprechen zu lassen, der Schlichtungsausschuß Oldenburg hat bis jetzt allgemein die Löhne, welche bei der N. W. u. K. gezahlt werden, als ausreichend bei Lohnstreitigkeiten für andere Berufsarten gefunden. Es lag deshalb klar: sollte der Schlichtungsausschuß wirklich einen Schiedspruch fällen, so würde eine Zuwendung nicht gewährt werden.

Bei der Vertretung der Forderungen der Arbeiterschaft — die Forderungen waren in der Zwischenzeit auf 40 bis 80 Pf. pro Stunde herabgesetzt worden — wurde vom Kollegen Schöller, Hannover, auf den eigenartigen Satz im Kündigungsbriefe der Belegschaft hingewiesen. Wir lassen zur Informierung den Satz im Wortlaut folgen: „Es kommt hinzu, daß unsere Löhne die in Delmenhorst, im ganzen Oldenburger Lande, ja sogar die in der Großstadt Bremen gezahlten Löhne um ein Vielfaches übersteigen, so daß der Schlichtungsausschuß erst kürzlich diese Löhne für andere Betriebe für die kommende Zeit festgelegt hat. Aus diesem Grunde hat der Oldenburgische Arbeitgeberverband nach eingehender Beratung seinen Mitgliedern zur Pflicht gemacht, nicht über den bisherigen Spitzenlohn von 4,50 Mk. hinauszugehen.“

Diese Darlegung wirkte auf die Arbeitnehmerbeisitzer. Nach langwieriger Beratung verflüchtete der Vorsitzende, daß die Arbeitnehmerbeisitzer als Mitglieder des Arbeitgeberverbandes als besungen abgelehnt werden müßten. Die Angelegenheit soll dem Demobilisierungskommissar überwiesen werden.

Nunmehr wurde versucht, mit der Firma selbst in Unterhandlungen zu kommen. Es glückte auch, und nach ziemlich langer Auseinandersetzung wurde nachstehendes erreicht:

1. Die gesamte Belegschaft wird wieder eingestellt; Maßregelungen finden nicht statt.
2. Es erhält jeder Arbeitnehmer unter 20 Jahren eine einmalige Zuwendung in der Höhe von 50 Mk., alle Arbeitnehmer über 20 Jahre eine solche von 75 Mk.
3. Die Ferienfrage wird dahin entschieden, daß diejenigen, welche keine Ferien gehabt haben, einen Anspruch darauf besitzen, Bezahlung für die ihnen zustehende Ferienzeit zu erhalten; die Streiktage gelten als Ferientage.
4. Jeder Arbeitnehmer erhält ein Pfund Strickwolle gratis; für je zwei Kinder wird ein weiteres Pfund gewährt. Verheiratete erhalten einen Kiesel Kernseife und für je zwei Kinder einen weiteren Kiesel.
5. Die Firma will billige Anzugstoffe, Unterkleidung usw. beschaffen.

Dieses Angebot wurde von der Belegschaft angenommen. Die Arbeiterschaft hat durch den Streik bewiesen, daß sie nicht gewillt ist, sich als Sprungbrett für bestimmte Zwecke gebrauchen zu lassen. Der bornierte Beschluß des Arbeitgeberverbandes wurde gelodert. Der Kampf war ein kleines Vorpostengeplänkel, der Anfang von den schwereren wirtschaftlichen Kämpfen, welche wir in der nächsten Zeit zu bestehen haben werden.

Stolzen Schrittes kann die Belegschaft wieder zur Arbeit gehen; weiß sie doch, daß es ihr gelang, einen großen moralischen Erfolg zu erringen.

Dieses Ringen hat der Arbeiterschaft von Delmenhorst bewiesen, welchen hohen kulturellen Wert die Gewerkschaften haben. Betrübte Gesichter machten die paar Unionisten, denn für sie war bei diesem Kampfe nichts zu fischen.

Und nun wohl an zur neuen Arbeit! Es darf keinen Unorganisierten geben. Durch Kampf zum Sieg! Sei unsere Parole!

Kinderzulage!

II

Man schreibt uns weiter: Ist die gegenwärtige Lage dazu angetan, mit den scheinbaren Gleichheiten, die oft recht ungleich sind, eine Gleichheit und Gerechtigkeit herzustellen, die jeden Arbeiter und jede Arbeiterin befriedigt?

Ich möchte hierzu einige Beispiele bringen. Ein Familienvater mit Frau und 4 Kindern. Die Frau ist nicht in der Lage, mit in die Fabrik gehen zu können. Die 4 Kinder sind schulpflichtig. Der Vater verdient pro Monat 600 Mk. und 200 Mk. Teuerungszulage, zusammen 800 Mk., das ergibt also pro Kopf und Monat 133,33 Mk. oder pro Kopf und Tag 4,44 Mk.

Ein anderer hat nun auch 6 Personen in der Familie; er selbst, seine Frau und 4 Kinder. Zwei Kinder davon gehen in Arbeit, sind aber noch nicht großjährig; zwei sind schulpflichtig. Der Vater verdient pro Monat 600 Mk. und 200 Mk. Teuerungszulage, ist 800 Mk. Der Sohn ist 19 Jahre alt, verdient pro Monat 420 Mk. und 80 Mk. Teuerungszulage, ist 500 Mk. Die Tochter ist 17 Jahre alt, verdient pro Monat 320 Mk. und 80 Mk. Teuerungszulage, ist 400 Mk. Die Mutter ist zu Hause. Die Gesamteinnahmen sind also 1700 Mk., also pro Kopf und Monat 283,33 Mk. oder pro Kopf und Tag 9,44 Mk., ist also schon ein Mehr von 150 Mk. pro Kopf und Monat als im vorerwähnten Beispiel.

Nun will ich noch ein Beispiel folgen lassen. Eine Familie ohne Kinder. Mann und Frau gehen in Arbeit. Der Mann verdient 600 Mk. und 200 Mk. Teuerungszulage, ist 800 Mk. Die Frau verdient 500 Mk. und 200 Mk. Teuerungszulage, ist 700 Mk. Die beiden Verdienste zusammen ergeben 1500 Mk., also pro Kopf und Monat 750 Mk., oder pro Kopf und Tag 25 Mk., danach ein Mehr von über 450 Proz. als nach dem zuerst angeführten Beispiel, das pro Kopf und Tag 4,44 Mk. ergibt. Das ist also ein Mehr von 20,46 Mk. pro Tag.

Und wie sieht es nun mit den Löhnen und den Teuerungszulagen aus? Die bekommt jeder gleich, ob die Familie 2 oder 6 Köpfe stark ist. Und zwar mit Recht; jeder hat seine Verdienste und Zulagen zu beanspruchen. Aber ist dann die Lebensspeise auch die gleiche? Das kann unmöglich sein, weil der Familienvater mit seiner sechsköpfigen Familie, wie schon oben erwähnt, um 450 Proz. weniger Einnahmen und auch weiter keine Zulagen hat als 200 Mk. Teuerungszulage, als sein Mitarbeiter, welcher ohne Kinder ist. Da müßte unter allen Umständen etwas geschaffen werden, das auch denjenigen, welche mehrere Kinder (schulpflichtige) haben, in irgendeiner Weise geholfen wird. Denn kommt da der Steuerbote, so muß einer wie der andere Steuern zahlen. Wohl wird derjenige mit mehreren Kindern um einige Stufen herabgesetzt, was ja nur ganz wenig ausmacht. Demgegenüber kommt aber der Krankenkassenbeitrag, welcher bei jedem, ob ohne oder mit Kindern, der gleiche ist. Dann kommt vielleicht der Lebensversicherungsbeitrag, welcher auch bei gleicher Versicherungssumme der gleiche ist. Dann kommt eventuell auch noch die Angestelltenversicherung; die kostet auch bei beiden wieder gleichviel. Dann kommt der Verbandskassierer; die Beiträge sind auch wieder die gleichen. Und so noch vieles andere mehr. Dazu kommen noch die Verbrauchssteuern, welche bei der sechsköpfigen Familie der zweiköpfigen gegenüber wieder um 200 Proz. höher sind. Da nun die Einnahmen bei der sechsköpfigen Familie 450 Proz. weniger betragen als bei der zweiköpfigen, so kann man ruhig sagen: die 6-Personen-Familie ist der 2-Personen-Familie gegenüber um 650 Proz. schlechter daran.

Ja, wird da wohl mancher denken und sagen, der hat gut rechnen und schreiben mit seiner Kinderzählung, der glaubt wohl, daß man so dummt ist und schafft noch für andere Kinder, daß er sich ein schönes Leben machen kann! Es ist ja aber gar nicht gesagt, wenn um Kinderfürsorge gebeten wird, daß einer ohne Kinder vielleicht dem anderen für gewisse Klassen etwas zahlen soll; nein, dieses Fürsorgen für kinderreiche Familien kann wohl auf einem anderen Wege bewirkt werden. Es wird auch wohl mancher sagen: Was können denn da wir dafür, wenn andere so viele Kinder haben. Er hat ja auch recht; er hat damit recht schön und gut ausgedrückt, wenn er so etwas denkt, sogar auch sagt, aber man muß auch bedenken: Wenn es keine Kinder gäbe, so würden wir gar bald keine Weltordnung mehr brauchen. Und zudem kommt gar manches Kind auch anderen als seinen Eltern zumute. Und diejenigen, welche eben Kinder haben, die haben Sorge und Arbeit genug mit denselben, ohne die großen Ausgaben, welche eben Kinder verursachen. S. D. Augsburg.

Wir verweisen die Verfasser auf den 2. Teil des Artikels „Weltmarktpreise und Bestarbeiterlöhne“ in Nr. 23. Sie waren noch nicht im Besitz jener Nummer, als sie ihre Artikel schrieben. Jener Artikel wird sie vielleicht von ihrer Ansicht nicht abbringen, aber doch zum Nachdenken darüber veranlassen, ob es für den mit Kindern reichlich Begabten vorteilhaft wäre, wenn die Kinderzulage sich überall durchsetzte; sie erregt nicht nur den Widerspruch der mit wenigen Kindern Begabten oder der ganz Kinderlosen, sondern auch des Unternehmers und kann dem Kinderreichen statt Nutzen unter Umständen Schaden bringen. Daß das eintreten kann, ist ein Zeichen mangelnder sozialer Einsicht auf Arbeiterseite wie auf Arbeitgeberseite: der kinderlose Arbeiter will nicht zugunsten des kinderreichen billiger arbeiten als dieser, und der Unternehmer will diesen nicht reicher entlohnen als jenen. Solange der Unterschied in der Entlohnung — also die Kinderzulage — sich in mäßigen Grenzen hält, tritt die Opposition dagegen nicht scharf in Erscheinung, nützt dem Kinderreichen aber die Kinderzulage auch nicht viel; die Opposition wächst aber mit dem Grade des Unterschieds in der Entlohnung des kinderlosen und des kinderreichen. Und sie wächst sowohl bei den kinderlosen Mitarbeitern wie bei dem Unternehmer. Weder die kinderlosen Arbeiter wollen für ihre kinderreichen Kollegen opfern, wie diese zu beanspruchen sich für berechtigt halten, noch die Unternehmer wollen es tun. Wir wollen hier die Frage übergeben, ob ihr Widerstand berechtigt oder unberechtigt ist, aber die Frage stellen und beantworten: Liegt es im Gesamteresse, daß die Bevölkerung vermehrt wird? Alle namhaften Volkswirtschaftler bejahen diese Frage. Galtten wir uns an sie und stimmen wir ihnen zu. Dann müssen aber der Gesamtheit die Lasten der Aufzucht des Nachwuchses auferlegt werden, müssen die Kinderzulagen, die jetzt schon vielfach in geringer Höhe vom Unternehmertum — vermutlich fast stets auf Kosten des Lohnes der kinderlosen Arbeiter — gewährt werden, dem Reich angebördet werden; sie werden dann von allen Steuerzahlern zusammen nach Maßgabe ihres Einkommens — die neue Einkommensteuer ist ja progressiv — aufgebracht. Dann können die Kinderzulagen auch so sein, daß der Kinderreiche nur die Last der Erziehung der Kinder, nicht auch die ihrer Unterhaltung zu tragen hat. Und dahin muß es eine durchgreifende Sozialpolitik bringen können. Erfordert das Interesse der Gesamtheit einen zahlreichen Nachwuchs, muß sie auch — jeder nach seiner finanziellen Kraft — seine Unterhaltung bestreiten; das kann weder Sache derer sein, denen die Kinder zufallen, noch derer, die solchen Kinderzufall flüchtig aus dem Wege gehen, noch derer, die Arbeiter beschäftigen. Die letzteren werden erst an dem Nachwuchs interessiert, wenn ihnen die Arbeitskräfte zu fehlen beginnen und werden der Frage erst dann ein besonderes Interesse zuwenden. Da aber, je nach dem Grade unseres wirtschaftlichen Aufschwungs, sich ja bald hier und da ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machen kann, so kann man — auch vom Standpunkt des Unternehmers aus gesehen — auch vom Unternehmer schon Kinderzulagen fordern und sogar von ihm verlangen, daß er — trotzdem er Kinderzulagen zahlen muß — Arbeitern mit Kindern solchen ohne Kinder den Vorzug gebe. Und man kann von den Arbeitern ohne Kinder verlangen, daß sie sich gegen ihre Zurücksetzung und Benachteiligung nicht auflehnen, sondern sich freudig mit ihr abfinden. Das wird aber nur geschehen, wenn das soziale Gesamtinteresse bei ihnen stärker sich geltend macht als das soziale Eigeninteresse; doch das soziale Eigeninteresse wird bei ihnen erst in den Hintergrund treten, wenn für alle — auch für sie — in gleicher Weise sozial gesorgt sein wird. Und das wird erst unter der völligen Herrschaft des Sozialismus der Fall sein können. Ein Schritt zu ihm wäre die Reichs-Kinderzulage, ein Schritt zu ihr ist die Kinderlohnzulage, für die der Verband überall wirft, wo er kann und die er überall durchzusetzen sucht, wo er nicht auf unüberwindlichen Widerstand bei den Unternehmern oder bei den — Arbeitern stößt. Die Red.

Sozialisierungsmethode.

Unter dieser Epithete veröffentlichten wir in Nr. 26 einen Artikel des Kollegen M. Kr. in Annaberg, der uns manche Anfechtung eintrug. Der Kollege hat, wie es leider noch oft geschieht, einen genossenschaftlichen Betrieb mit einem sozialisierten Betrieb verwechselt. Wir haben das unbeanstandet passieren lassen, weil es unserer Ansicht nach dem Verfasser nur darauf ankam, zu zeigen, daß auch in einem sozialisierten Betrieb die Entlohnung der verschiedenen Produzentenschichten verschieden sein müsse, eine Ansicht, mit der der Verfasser, wie wir wissen, keineswegs in Produzentenkreisen allein steht. Da der Verfasser den Artikel mit seinem Namen gezeichnet hat, wenn auch nur andeutungsweise, so versteht es sich von selbst, daß er allein ihn moralisch vertritt.

Die Red. B.

Berichtigung.

Cotonisierung, nicht Botanisierung muß es in der „Berichtigung“ in voriger Nummer heißen.

Aus der Textilindustrie.

Aus dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat. In diesem führte unser Kollege Jüdel Beschwerde darüber, daß die Textilarbeiter in wirtschaftspolitischen Ausschüssen nicht vertreten sind. Seit dem 1. Mai seien in der Textilindustrie Zehntausende von Maschinen stillgelegt worden. Staatsaufträge reichen zur Behebung der Notlage nicht aus. Die Betriebe müßten in Gemeinwirtschaft übernommen werden.

Reichstextilaktiengesellschaft. Mittwoch, den 14. Juli, vormittags 11½ Uhr, findet im Sitzungssaal der Gesellschaft in Berlin W. 50, Nürnberger Platz 1, Zimmer 202, 2 Treppen, die ordentliche Generalversammlung der Gesellschaft statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Liquidatoren und des Aufsichtsrats, 2. Vorlegung und Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1919, 3. Vorlegung und Genehmigung der Liquidations- und Vermögensbilanz, 4. Erteilung und Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat, 5. Regelung der Vertretungsbefugnis der Liquidatoren dahin, daß jeder Liquidator für sich berechtigt ist, die Gesellschaft zu vertreten, 6. Aenderung der Satzungen dahin, daß in § 11 Abs. 2 Satz 1 statt des Wortes „sieben“ das Wort „drei“ gesetzt wird, 7. Wahl zum Aufsichtsrat.

Soziale Rundschau.

Aufbesserung der Hinterbliebenenbezüge.

Durch die Tagespresse geht eine von einem der Verbände der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen veranlaßte und angeblich aus amtlicher Quelle stammende Mitteilung, daß den Hinterbliebenen der Unterlassen eine Aufbesserung ihrer Bezüge zuteil werden solle. Wie vom Reichsarbeitsministerium hierzu mitgeteilt wird, liegt dieser Notiz eine amtliche Nachricht nicht zugrunde. Wenn auch Beratungen darüber schweben, die den Hinterbliebenen durch das Reichsversorgungsgesetz sichergestellt ist, so sind sie doch noch nicht so weit gediehen, daß heute schon Einzelheiten bekanntgegeben werden können. Sobald Endgültiges feststeht, wird Bekanntgabe erfolgen.

Vermischtes.

Wirtschaftslage und Verbrechen.

In einer Arbeit über den Einfluß der sozialen Lage auf die Kerkern- und Geisteskrankheiten kommt der Privatdozent Dr. Wolf auch auf die Kriminalität zu sprechen. Er faßt die engen Zusammenhänge, die zwischen der sozialen Lage und den Verbrechen bestehen, in einigen Zeilen zusammen. Danach steht der Diebstahl im ursächlichen Zusammenhang zur wirtschaftlichen Lage. Hunger, Elend und Entbehrungen aller Art sind die hauptsächlichsten Ursachen dieses Deliktes. Eigener Besitz und wirtschaftliche Selbstständigkeit bewahren den Menschen vor der Gefahr, Diebstahl zu begehen. Der materielle Tiefstand des Proletariats sei die wichtigste Quelle der Kriminalität. Diese Quelle aller Kriminalität wird aber mit der sich hebenden sozialen Lage des Proletariats immer mehr verfliegen. Der gewerkschaftliche Kampf wird auch dadurch zum Kampf für die Sittlichkeit, daß er die Arbeiter in eine bessere Lebenslage bringt.

Berichte aus Fachkreisen.

Chemnitz. Ueber die gegenwärtige Wirtschaftslage in der Textilindustrie sprach am Freitag, den 25. Juni, im Saale des Ballhauses „Ader“ unser Kollege Ködel vom Zentralvorstand. In nahezu stündigen Ausführungen schilderte er die Entstehung und Folgen der Wirtschaftskrisen auf die Textilindustrie. Die Geschichte der Textilindustrie lehre, daß Krisen in ihr fast alle 5 Jahre in Erscheinung getreten sind, die durch Ueberproduktion oder Modeverhältnisse verursacht oder auf schlechte Rohstoffversorgung zurückzuführen waren. Die gegenwärtige Krise sei durch andere Erscheinungen hervorgerufen worden, und zwar durch die Valutafrage und die damit verbundenen Preisverhältnisse in der Welt, die von den Unternehmern und Händlern noch zu Bucheralkulationen benutzt wurden. Eine weitere Ursache sei das Steigen der Valuta in den letzten Wochen gewesen, wodurch die Preise unserer Fertigfabrikate sich den Weltmarktpreisen genähert hätten. Durch die Profitwirtschaft der Unternehmer wurde die Textilarbeiterschaft am allerhöchsten von der Krise betroffen, denn ein großer Teil der Textilarbeiter habe die Arbeitszeit bereits bis auf 24 Stunden und noch weniger verkürzt. Die Textilarbeiterschaft muß deshalb fordern, daß die Erwerbslosenfürsorge weiter ausgebaut werde und auch die Kurzarbeiter je nach Ausfall der Stundenzahl Berechtigung auf Teilerwerb haben sollen. Weiter dürften Jugendlichen von dem Anspruch auf Erwerbslosenfürsorge nicht ausgeschlossen werden. Auf die nächsten Kämpfe betreffs Lohnabbaus mit den Unternehmern und auf die Bestrebungen hinweisend, die kapitalistische Produktionsweise durch die sozialistische zu ersetzen, schloß der Kollege Ködel seine Ausführungen, welche allgemeinen

Beifall fanden. — In der Diskussion sprach Kollege Böfer sowie Kollegin Wagner und Kollegin Blohberger im Sinne des Referenten. Mit besonders ermahnen Worten trat die Kollegin Wagner an die Kolleginnen heran und forderte sie zur Mitarbeit in der Organisation auf und alles daranzusetzen, daß den Kolleginnen der Achtstundentag und der freie Sonnabendnachmittag, welcher wieder in Gefahr steht, nie und nimmer geraubt wird. — Weiter schilderte der Kollege Florjusch, in welchem Umfange bereits in Chemnitz die Krise in Erscheinung getreten sei. Nach einer Zusammenstellung aus Grund der letzten Fragebogen haben in der Woche vom 20. bis 26. Juni 1920 von 18 510 beschäftigten Textilarbeitern und -arbeiterinnen nur noch 11 105 vollgearbeitet und 7341 verkürzt. Ein großer Teil ist durch die Stilllegung einiger Betriebe gänzlich arbeitslos geworden. Kollege Florjusch teilte weiter noch mit, daß fast sämtliche Tarifverträge in der Textilindustrie, welche in Chemnitz in Frage kommen, in einer Sitzung der Bezirksgruppe der Arbeitsgemeinschaft bis 31. Juli verlängert wurden. — Kollege Ködel berichtete in seinem Schlußwort, daß der Zentralvorstand, die Gauleitungen und Ortsverwaltungen alle Mittel versuchen werden, um die Not der Textilarbeiterschaft durch ausreichende Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu mildern. Es werden sofort im Reich und Land Aktionen eingeleitet werden müssen, die von Ort zu Ort verschoben sein werden. Mit der Aufforderung, bei den kommenden Kämpfen und Aktionen alle in Reich und Glied zu stehen, schloß Kollege Florjusch die Versammlung.

Pulsnitz. Am 19. Juni 1920 tagte im Herrenhaus zu Pulsnitz die Generalversammlung der genannten Filiale. Zum ersten Male war infolge der großen Ausdehnung der Filiale die Generalversammlung aus Delegierten aller Orte zusammengesetzt. Die Tagesordnung umfaßte: Wahl einer Hilfskraft für Außen dienst, Tarif- und Verwaltungsangelegenheiten. Gewählt wurde Kollege Mißbach. Unter Tarifangelegenheiten berichtete Geschäftsführer Kollege Linke über den Stand unserer gesamten Tarifverhandlungen. Er schilderte treffend die in den letzten Tagen und Wochen eingetretene Geschäftslage und zeigte die jeder Kollege selbst fühlende Schwere bei Betriebsbeschränkungen oder Stilllegungen. Wohl zwei Drittel aller Betriebe arbeiten bereits verkürzt; einige Betriebe hatten schon ganz stillgelegt. Hierzu kommt der nunmehr eintretende 10prozentige Abzug der Reichseinkommensteuer, so daß das Elend in den Familien immer größeren Umfang annimmt. — Die darauf einsetzende Debatte stimmte am Schluß einem Antrage aus der Versammlungsmitte auf Tarifvindikationen zu. Die Tarifkommissionen sollen in den nächsten Mitgliederversammlungen in allen Orten neu bestätigt werden und neue Tarife ausarbeiten. — Zu Verwaltungsangelegenheiten erläuterte der Geschäftsführer Kollege Müller die in den letzten Tagen und Wochen an die Funktionäre ausgegebenen Mitteilungsblätter und Fragebogen, deren pünktliche Beantwortung notwendig sei. Des weiteren erläuterte Kollege Linke die Stellungnahme der Betriebsräte bei Entlassungen laut Betriebsratsgesetz und den anderen Verordnungen.

Dahme. Außerordentlich niedrige Löhne werden in dem Orte Dahme noch gezahlt. So erhalten die männlichen Arbeiter über 20 Jahre einen Stundenlohn von 1,80 Mk., die Frauen erhalten Stundenlöhne von 60—80 Pf. Auf wiederholtes Ersuchen der dortigen Kollegenschaft wurde von der Gauleitung der Kollege Voigt aus Berlin nach dort entsandt, um durch Verhandlungen mit den dortigen Arbeitgebern höhere Löhne zu erzielen. Die Unternehmer erklärten dem Vertreter, daß sie mit der Organisation nichts zu tun haben wollen und daß sie die Löhnerhältnisse mit ihrer Arbeiterschaft allein regeln würden. Einer derselben, der „fromme Schmidt“ genannt, sagte zu dem Kollegen Voigt, daß er (Voigt) nur herkäme, um die Arbeiterschaft aufzupumpen, und bemerkte, indem er verächtlich handgreiflich zu werden: „Ihre Zeit ist jetzt vorbei, Sie haben nichts mehr zu bestellen, jetzt sind wir endlich mal an der Reihe. — Kollegen, so wie dieser Herr denkt, denken noch viele der Unternehmer, und sie glauben auch ein Recht hierzu zu haben, denn die Kollegenschaft in Dahme ist erst seit Anfang dieses Jahres organisiert. Von 70 dort Beschäftigten sind aber auch erst 46 in unserem Verband. Das Auftreten der Dahmer Arbeitgeber muß aber für die Arbeiterschaft ein Ansporn sein, sofort dem Deutschen Textilarbeiterverband beizutreten, denn nur dann ist es möglich, sie zu zwingen, die Organisation anzuerkennen und den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Wir fordern die Kollegenschaft nochmals auf: Tretet ein in eure Organisation, dann wird der Ausspruch des „frommen“ Herrn Schmidt denselben Lügen strafen, denn Einigkeit macht stark.“

Neustadt, D.-Schl. Eine überfüllte Textilarbeiterversammlung tagte am 22. Juni in Schmölkes Saal. Dicht gedrängt fanden die Besucher. Galt es doch den Bericht der Organisationsvertreter sowie der Lohnkommission entgegenzunehmen über die Verhandlungen, die im Laufe des Vormittags mit den Arbeitgebern der Firma S. Fränkel geführt wurden. Die Ursache dieser Verhandlungen bildete der mit dem 30. Juni ablaufende Tarif. Dieser Tarif war von den Arbeitgebern sowie von der Organisation gekündigt worden. Die Kündigung seitens der Arbeitgeber gründete sich auf die Absicht, eine andere Staffelung der Löhne vorzunehmen. In Wirklichkeit sollte aber damit eine sehr empfindliche Lohnreduzierung verdeckt werden. Dies zu einer Zeit, wo die Preise der wichtigsten Lebensmittel noch immer in die Höhe gehen. Wie die „Herren“ über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter denken, möge folgende Redebeiträge des Herrn Rintus zeigen. Dieser Herr erklärte, daß ihm die Arbeiter immer sagen, daß sie kein Fleisch kaufen könnten. Deshalb müßte es doch den Arbeitern gleich sein, ob das Fleisch 5 oder 10 Mk. kostet. Damit wollte dieser Herr sagen, daß wegen Verteuerung des Fleisches der Arbeiter keine Lohnerhöhung zu fordern braucht, denn habe der Arbeiter früher kein Fleisch essen können, so braucht er es jetzt auch nicht. Dieser „Herrenlogik“ konnten sich die Arbeiter sowie die Organisationsvertreter nicht anschließen, und so kam es zum Abbruch der Verhandlungen, da Herr Rintus auf Annahme seiner Forderung bestand. Im Laufe des Nachmittags verhandelte derselbe Herr mit dem Arbeiterschuß über dieselbe Sache, jedoch ohne Organisationsvertreter. Eine Einigung wurde auch hier nicht erzielt. Diese Verhandlung brachte den Beweis, daß diesem Herrn die Organisation lästig ist. — Nach der Berichterstattung wurde eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt: „... Die Versammelten erblicken in der gewerkschaftlichen Organisation den Rückhalt im Kampfe und versprechen, fest zusammenzuhalten, um die angezeigte Lohnherabsetzung abzuwehren. Einigkeit der Arbeiterschaft ist das Gebot der Stunde.“

Biersen. Am Sonntag, den 20. Juni, hatte die Ortsverwaltung die Mitglieder nach dem Lokal Grünwald zu einer Mitgliederversammlung eingeladen. Bei der Reichhaltigkeit und Wichtigkeit der

Tagesordnung hätte man aber einen größeren Besuch erwarten dürfen, zumal hier seit längerer Zeit kein Vorstand mehr vorhanden war. Es gelang nun aber, einen Vorstand zusammen zu bekommen! Damit werden gewisse unheilbare Zustände, unter denen wir lange Zeit litten, hoffentlich vorüber sein.

Briefkasten.

Mehreren Einsendern. Wir haben noch mehrere Artikel zur Frage der Kinderzulagen bzw. des Familieneinkommens wie über Löhne und Preise aus Mitgliederkreisen in Händen. Sie konnten bisher nicht zum Abdruck kommen, da stets andere, dringendere Sachen den Vorrang beanspruchten, doch werden sie demnächst noch gebracht werden, worauf wir die Einsender hinweisen.

N. Forst. Wir wissen darüber selber nichts Näheres; es wird allen Bewerbern hoffentlich demnächst von dem Aufgeber der Anzeige Nachricht zugehen.

A. Gera. Von einem Besuch von Webern nach Schweden ist uns nichts bekannt.

D. Reichenbach i. Schl. Zunächst nur Betriebsratsmitglieder; sie sollen auch als solche in den Betrieb wieder eintreten. Weitere Ziele könnten erst später in Aussicht genommen werden.

S. N. 35. Das Gesetz spricht sich darüber nicht mit wünschenswerter Klarheit aus; wir nehmen an, daß die Beiträge zu den Berufsverbänden, worunter wir auch die Gewerkschaften verstehen, voll abgerechnet werden können, also unbesteuert bleiben. Die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung sind gleichfalls in voller vom Arbeiter zu leistender Höhe abzugsfähig. Im Abziehen braucht man übrigens nicht ängstlich zu sein; zieht man zuviel ab, wird es die Steuerbehörde schon sagen.

Literatur.

Dr. Kurt Kerlow-Lowenstein: Der Elternbeirat. 24 Seiten. 2,25 Mk. Nachdem durch die Elternbeiratswahlen eine große Zahl unserer Eltern zum Kampf gegen die Schulreaktion und zur Vorbereitung der sozialistischen Erziehungsgemeinschaft berufen worden ist, dürfte ein Wegweiser für die Elternbeiräte ebenso notwendig wie willkommen sein. Ein solcher ist im Verlag der „Freiheit“, Berlin (Abt. Buchhandel), erschienen. Der Verfasser ist Dr. Kurt Kerlow-Lowenstein.

Kommentar zum Reichsversorgungsgesetz. Von Hermann Müller. Preis 7 Mk. Die Tatsache, daß der Verfasser als Berichterstatter des 7. Ausschusses an dem Zustandekommen des Gesetzes hervorragend mitwirkte, gibt die Gewähr für sinnigste Erläuterung, so daß der Kommentar als ein praktischer Berater in allen Fragen der Militärversorgung anzuspreehen ist. Gleichmaßen nützlich wird er als Nachschlagebuch für Behörden, Ausschüsse, Verbände usw. sein.

Ein Anhang der wichtigsten einschlägigen Gesetze und Verordnungen nebst den Ausführungsbestimmungen vom 21. April 1920 und vom 17. Mai 1920 ergänzt vorteilhaft diesen Kommentar. Verlag: Fortwärts, Berlin.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 11. Juli, ist der
28. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

- Gau Cappel. Schlotheim. V: Wilhelm Wurfhardt, Sorge 33. K: Julius Köhler, Weststr. 17.
- Gau Düsseldorf. Barmer. V: Carl Dielefeld, Hubertusstraße 24. K: Chr. Schäfer, Geschäftsführer, Karlstr. 48. Briefe an den Geschäftsführer Hermann Wegner, Karlstr. 48; Tel. Nr. 3221.
- Gagen i. Westf. (Neu). V: Leonhard Bachmann, Wolmestraße 36. K: Otto Glod, Frankfurter Straße 39a.
- Gau Augsburg. Zwißel. Eingegangen.
- Gau Dresden. Lungenau. K und Geschäftsführer: F. Selmer, Königsstr. 17.
- Gau Liegnitz. Grünberg. K: Robert Jrmier, Geschäftsführer, Holzmarktstr. 23. Sendungen, welche die Kasse betreffen, an diesen. Sonstige Briefe an den Geschäftsführer R. Binder, Holzmarktstr. 23.

Ortsverwaltungen.

Pulsnitz i. Sa. Gewählt wurde zum Hilfsarbeiter Martin Mißbach, Großröhrendorf. Allen Bewerbern besten Dank.
Die Ortsverwaltung.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.
Berlin. Waldemar Groese, Fojamentierer, 64 J., Lungenkrankheit.
Gera (Neuh.). Karl Hartmann, Weber, 54 J., Magenleiden.
Bruno Nieschel, Appreturar-

- beiter, 43 J., Lungenleiden.
- Julius Lindner, Pressierer, 61 J., Lungenentzündung.
- Gustav Bauer, Weber, 78 J., Altersschwäche.
- Maria Gruber, Weberin, 59 J., Grippe.
- Anna Biengenheit, Fabrikarbeiterin, 60 J., Magenleiden.
- Anna Voigtberger, Einjägerin, 50 J., Schlaganfall.
- Alme Filsch, Weberin, 25 J., Grippe.
- Schlösheim. Karl Bod. Jahnshof i. Erzgeb. Max Aurich, Deutersdorf, 20 J., Operation.
- Röhensdorf. Luis Müller, 60 J., Lungenleiden.
- Herm. Schuster, 68 J., Grippe.
- August Lindner, 80 J., Altersschwäche.
- Marklissa. Johann Schürze, 68 J.
- Wittweida in Sa. Ernst Andreas, Warenshauer, 67 J., Franz Schneider, Weber, 70 J.
- Neumünster. Christine Gagedorn, 56 J., Nierenleiden.

Zusammenkünfte.

- Mitglieder-Versammlungen.
Berlin. Delatore, Preßer, Seidenbandpreßer. Sonnabend, 17. Juli, bei L. Scholz, Stall-schreiberstraße 39.
- Bernau. Montag, 19. Juli, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Eshwege. Montag, 19. Juli, abends 3 Uhr, bei Kochstadt.
- Leisnig. Mittwoch, 14. Juli, im „Anker“.
- Lauenstein. Sonntag, 18. Juli, abends 3 Uhr, bei Kochstadt.
- Leisnig. Mittwoch, 14. Juli.
- Limbach. Donnerstag, 15. Juli, abends 5 Uhr, in „Stadt Mannheim“.
- Bühned. Freitag, 16. Juli.
- Schlösheim. Donnerstag, 15. Juli, im Ratskeller.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 10. Juli.

Verlag: Karl Köhler in Kallenberg-Alt-Gienide. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Preßler in Plauen i. V., für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Fortwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co. in Berlin.

Deutscher Textilarbeiterverband Filiale Lörrach u. Umgebung.

Unser Verbandsbureau befindet sich jetzt in
Lörrach-Stetten, Vorstadtstraße Nr. 1; Telefon Nr. 95
Bureauzeit für den öffentlichen Verkehr: 9½—12½ Uhr vormittags, 4—6½ Uhr nachmittags. Sonntags geschlossen.
Ausgaben der Kranken- und Arbeitslosenunterstützungen nur Freitags und Samstags während der öffentlichen Bureaustunden.
Für alle Postsendungen, Briefe, Drucksachen, Pakete, Telegramme usw. bediene man sich folgender Adresse:
Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Lörrach, Lörrach-Stetten, Vorstadtstraße 1
Wir eruchen unsere Mitglieder höflichst und dringend, die öffentlichen Geschäftsstunden genau und pünktlich einhalten zu wollen, damit unsere Angestellten die ihnen überwiesenen Arbeiten pünktlich und gewissenhaft erledigen können.
Der Vorstand:
J. A.: Glanzmann, Vors.

Gelegene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.